

Bund Ökologische  
Lebensmittelwirtschaft

# GRUNDSATZ PAPIER

Bundestagswahl 2021

BÖLW

# Index

**Einleitung** Seite 3

**Öko-Kennzahlen** Seite 5

**Zusammenfassung** Seite 6

**1. Ernährung und Landwirtschaft** Seite 7

**2. Umwelt- und Naturschutz** Seite 17

**3. Wirtschaft** Seite 20

**4. Entwicklungszusammenarbeit** Seite 23

**5. Bildung und Forschung** Seite 24

**6. Finanzen** Seite 27

**7. Arbeit und Soziales** Seite 29

**Die Ökologische Lebensmittelwirtschaft** Seite 31

**Impressum** Seite 32

# Superwahljahr in der Zeitenwende: Zeit zu handeln!

**D**as Superwahljahr 2021 fällt mitten in eine Zeitenwende. Eine Zeitenwende, die nur vordergründig durch die Corona-Pandemie geprägt wird. Denn nicht nur Papst Franziskus findet klare Worte für deren Ursache, wenn er sagt: Es gibt kein gesundes Leben auf einem kranken Planeten. Biologinnen und Virologen zeigen uns, dass die Gefahr durch Zoonosen wie COVID19 in dem Maße steigt, in dem wir auch Artenvielfalt zerstören. Ihre wissenschaftlichen Kolleginnen und Kollegen warnen vor einem ebenso existenziellen Risiko – schon Jahrzehnte lang: Der Klimakrise, deren Wirkung immer stärker wird.

Corona zeigt auch: Politik kann gestalten, wenn sie will. Regierende können entschieden und schnell entscheiden. Und immer mehr Menschen engagieren sich längst für die notwendige Transformation: Millionen Bürgerinnen und Bürger stimmten in deutschen Rathäusern für Artenvielfalt. Und als globale Bewegung mobilisierte die junge Generation mit Fridays for Future erst ihre Freundinnen und Freunde, dann Eltern, Großeltern, Forschende, Unternehmen und Gewerkschaften. Und bestimmte mit, wie Kommunal-, Landtags- und Europawahlen ausgingen.

**»Corona zeigt:  
Politik kann  
gestalten,  
wenn sie will.«**

Ein Erfolg, den diese Transformations-Bewegungen gemeinsam erzielten: Die EU-Kommission legte mit dem „European Green Deal“ einen Fahrplan hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft vor. Und zeigte wenige Monate später mit der Farm-to-Fork- und Biodiversitätsstrategie konkreter, wo es mit der Land- und Lebensmittelwirtschaft in Zukunft hingehen soll.

Klar ist: Der Energiewende muss die Ernährungswende folgen. Sonst drohen nicht nur Kipppunkte unserer Ökosysteme endgültig zu kippen. Vielmehr schafft sich der Sektor mittelfristig selbst ab – denn ohne Ressourcen keine Landwirtschaft, und ohne Bauern oder Lebensmittelherstellerinnen keine Wertschöpfung auf dem Land und in der Stadt.

Gut ist: Im Zuge der Corona-Pandemie werden neben der sichtbaren politischen Handlungsfähigkeit bisher nie gekannte öffentliche Mittel zur Förderung der Wirtschaft und für Aufbau- und Ausgleichsmaßnahmen mobilisiert. Es kommt jetzt darauf an, die Milliarden im Sinne des Green Deals zu investieren. Und so das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit der Politik bei entscheidenden Zukunftsfragen zu stärken.

**»Der Energiewende muss die Ernährungswende folgen.«**

Im Agrar- und Ernährungssektor gelingt der Weg zu einer enkeltauglichen Wirtschaft und Gesellschaft bisher vor allem noch trotz und nicht wegen eines passenden politischen Rahmens – die aktuelle EU-Agrarreform zeigt das beispielhaft und verdeutlicht, dass es mehr politisches Engagement braucht, um wirklich voranzukommen. Dass der Wille da ist, beweisen immer mehr Bäuerinnen, Lebensmittelhersteller und Händlerinnen. Mehr und mehr Kundinnen und Kunden unterstützen den „Umbau von unten“, indem sie zu Bio-Produkte greifen.

Damit die Bundesregierung ihre Nachhaltigkeitsziele erreichen kann und der Sektor resilient wird, müssen die Weichen neu gestellt werden. Die Richtung: gesunde Ernährung, Arten-, Klima-, Wasser-, Boden- und Tierschutz sowie sinnstiftende Arbeit in zukunftssicheren Unternehmen. Dazu braucht es zunächst eines: Klare politische Ziele. Und dann konsequent darauf ausgerichtete, politische Maßnahmen.

Bio-Bäuerinnen und -Bauern, -Verarbeitungs- und -Handelsunternehmen sind Pioniere und Partner der Transformation für ein enkeltaugliches Ernährungssystem. Hunderttausenden Bio-Unternehmen in Deutschland und Europa gelingt es seit Jahrzehnten, innovativ und ökonomisch tragfähig ökologisch zu wirtschaften. Deshalb ist es nur konsequent, dass sich die Regierenden in Europa, Deutschland und den Ländern ambitionierte Bio-Ziele setzen: Bis 2030 sollen mindestens 25 % der EU-Agrarfläche von Bio-Bäuerinnen und Bauern beackert werden. Hessen will das auch, Bayern sieht 30 % vor und Baden-Württemberg strebt sogar 40 % an. Auch die Veränderungsbereitschaft der Betriebe bleibt konstant hoch: In den letzten fünf Jahren stellten Öko-Höfe über 50 % mehr Bio-Flächen um, rund ein Fünftel der konventionellen Höfe interessiert sich für eine Umstellung.

Was fehlt? Eine Politik, die konsequent und kohärent die Weichen auf Bio stellt, vor allem auch auf Bundesebene. Entscheidend dabei: Ein integrierter Politikansatz, der alle notwendigen Ressorts einbindet – von der Agrar- und Ernährungspolitik über die Umwelt- und Entwicklungspolitik, bis hin zur Wirtschafts- und Sozial-, Bildungs- und Forschungspolitik.

Die Zeit ist reif – machen wir gemeinsam unser Land zum Motor der Transformation in Europa!



Dr. Felix Prinz zu Löwenstein  
Vorstandsvorsitzender



Dr. Alexander Geber  
Vorstand Landwirtschaft



Volker Krause  
Vorstand Herstellung



Marcus Wewer  
Vorstand Handel



Peter Röhrig  
Geschäftsführer

# Öko-Kennzahlen

## TRANSFORMATION AN DER LADENKASSE

Fast **12** Mrd. €  
Bio-Lebensmittelumsatz  
in Deutschland 2019



## ZUKUNFTS- LANDWIRTSCHAFT



Die **ÖKO-FLÄCHE**  
in Deutschland legte  
innerhalb der letzten  
fünf Jahre um fast  
**50** % zu



MEHR  
ARTEN-  
VIELFALT



## KLIMARETTER

**1,5** Mio. t  
**CO<sub>2</sub>**

spart der Ökolandbau  
in Deutschland pro Jahr.  
Das entspricht den Emissionen  
des EU-Landes Malta

**89.905**

**PRODUKTE**  
trugen 2020 das  
Bio-Siegel.  
2004 waren es 24.000

MEHR PLATZ  
im Stall & im Auslauf



MEHR **BIO**  
VON HIER



Seit 2010 verdoppelten  
die Milchbauern die deutsche  
Bio-Milchmenge

EU-Spitzenreiter:

**DÄNEN,  
SCHWEIZER &  
SCHWEDEN**

gaben 2018 am meisten Geld  
für **Bio-Essen** aus



# Zusammenfassung

**D**er massive Einfluss von Lebensmittelproduktion und -konsum auf Klima und Artenvielfalt verlangt die grundlegende Transformation der Lebensmittelwirtschaft und des dominierenden Ernährungsverhaltens in Deutschland.

Das nachweislich mit Abstand nachhaltigste Produktionssystem ist die rechtlich klar definierte Ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft. Bio wirkt gleichzeitig positiv auf entscheidende Ressourcen wie Biodiversität, Boden, Klima oder Wasser. Auf die Wirtschaft, indem Öko-Betriebe für resiliente Wertschöpfung im urbanen und vor allem auch ländlichen Raum sorgen. Und auf Ernährungsmuster: Denn wer Bio kauft, ernährt sich tendenziell auch gesünder. Bio punktet als Zehnkämpfer und bringt Nachhaltigkeit auf die Äcker und Weiden, in die Mühlen, Molkereien und Läden – in Deutschland und weltweit.

Dass sich immer mehr Regierende ambitionierte Öko-Ziele vornehmen, ist deshalb nur vernünftig. Nun müssen die Entscheider nur noch zupacken; und zwar überall dort, wo Stellschrauben für geeignete Rahmenbedingungen gedreht werden können.

In diesem Papier werden für die einzelnen Politikbereiche – gemäß den derzeitigen Bundesressorts und Ausschüsse des Bundestages – die jeweils relevanten Herausforderungen vorgestellt, sowie Maßnahmen und Instrumente, mit denen Akteure der Ökologischen Lebensmittelwirtschaft noch besser zu deren Bewältigung beitragen können bzw. weitere Betriebe in der Lage sind, auf Bio umzustellen. In den Blick nehmen wir Landwirtschaft und Ernährung (BMEL), Wirtschaft (BMWi), Umwelt (BMU), Bildung und Forschung (BMBF), Entwicklung (BMZ), Finanzen (BMF) sowie Arbeit und Soziales (BMAS) und beantworten unter anderem folgende Fragen:

Wie kann nachhaltiger gefördert werden, damit der Umbau von Land- und Lebensmittelwirtschaft gelingt? Wie können unfaire Wettbewerbsbedingungen korrigiert werden? Wie gelingt wirksame Ernährungsbildung? Was muss passieren, damit Gemeinschaftsgastronomie zu einem Pull-Faktor des Umbaus wird? Was braucht es für eine angemessene, effiziente und ausreichende Öko-Forschung und flächendeckende, ökologische Berufsbildungsangebote. Und wie gelingt es auch im globalen Maßstab, mit Öko die Entwicklungszusammenarbeit voranzubringen?

Alle Maßnahmen und Instrumente, die der BÖLW vorschlägt, basieren auf der wichtigen Prämisse, dass Steuergelder künftig nur noch in Programme und Strukturen investiert werden dürfen, die eine Produktion innerhalb planetarer Belastungsgrenzen unterstützen.



# Ernährung und Landwirtschaft

Ernährung und Landwirtschaft – kein anderes Politikfeld entscheidet so maßgeblich mit, wie auf dem Acker, in den Ställen, in der Verarbeitung und im Handel gewirtschaftet und ob den Menschen beim Essen die nachhaltige Wahl einfach gemacht wird. Von Agrarpolitik über Düngerecht, Ernährungsbildung und Labelling bis Züchtung gestalten das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und seine Behörden entscheidend den Rahmen – kaum ein Wirtschaftsbereich wird stärker politisch geprägt als die Agrarwirtschaft. Vor allem die Milliarden an Steuergeldern, die in die Landwirtschaft fließen, bestimmen stark, wie produziert wird und ob die Land- und Ernährungswirtschaft positiv oder negativ auf Umwelt, Klima, Biodiversität oder Gesundheit wirkt. Wo Politik steht und was es noch für einen enkeltauglichen Sektor braucht, darauf schauen wir in diesem Kapitel. Wir beleuchten die Themen EU-Agrarpolitik, Tierhaltung, Forschung, faire Märkte, Pflanzengesundheit, Ernährungswirtschaft, Ernährungspolitik, ländliche Räume, Ausbildung und Forschung.

## AGRARPOLITIK

### Mit Steuergeld steuern

Die Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) entscheidet mit Milliarden an Steuergeldern, welche Landwirtschaft sich lohnt. Damit Bäuerinnen und Bauern, Wirtschaft und Umwelt im Land eine Zukunft haben, müssen jetzt die Weichen

**»In der gesamten Landwirtschaft sollte Bio zum Normalfall gemacht werden.«**

Janusz Wojciechowski,  
EU-Agrarkommissar

für eine nachhaltige Produktion gelegt werden. Was aktuell in Brüssel zur Reform der GAP, auch unter deutscher Ratspräsidentschaft, verhandelt wurde, zementiert den Status quo – und versäumt, Bäuerinnen und Bauern, die klima-, tier-

und umweltfreundlich wirtschaften wollen, ausreichend zu unterstützen. Damit wird der Green Deal der EU ausgehöhlt, der ohne eine enkeltaugliche GAP seine Ziele verfehlt.

Zu spät ist es aber noch nicht, sollten EU-Staaten, die EU-Kommission und das EU-Parlament beim GAP-Trilog gemeinsam alles herausholen, damit jene Betriebe unterstützt werden, die freiwillig mehr für die Umwelt tun wollen. Und auch Deutschland muss mit einem ambitionierten, nationalen Strategieplan Spielräume konsequent nutzen, um Bio zu stärken. Denn Öko bietet den Höfen und Unternehmen eine echte Chance, ihre Betriebe zukunftsfähig aufzustellen und gleichzeitig das Gemeinwohl zu stärken.

**»Die Agrarreform ist ein Schlag ins Gesicht, für alle, die es besser machen.«**

Dr. Alexander Gerber,  
BÖLW-Vorstand Landwirtschaft

Steuergelder können nur dann „nachhaltig“ wirken und Zukunftsperspektiven sichern, wenn in Produktionssysteme investiert wird, die unsere planetaren Belastungsgrenzen respektieren – und auch in zehn, 20 oder 30 Jahren noch gesellschaftlich akzeptiert werden können.

Bio ist das einzige System, bei dem wissenschaftlich erwiesen ist, dass es diesen Ansprüchen genügt und in der Breite funktioniert. Deshalb ist es sinnvoll, Fördermittel an die Erfüllung der Standards der EU-Öko-Verordnung zu binden. Das gilt u.a. für den Neubau von Tierställen ebenso wie für Produktionsanlagen in der Verarbeitung.

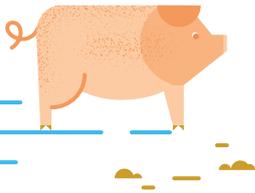
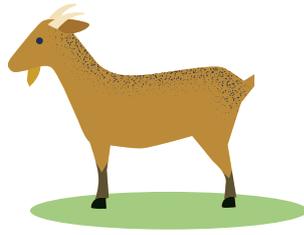
## KLIMARETTER

1,5 Mio. t CO<sub>2</sub>

spart der Ökolandbau in Deutschland pro Jahr. Das entspricht den Emissionen des EU-Landes Malta



Quelle: BÖLW-Branchenreport 2020



## TIERHALTUNG UMBAUEN

# Bauern und Tierwohl, Umwelt und Gesundheit stärken

Das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung der Bundesregierung (Borchert-Kommission) empfiehlt, Tierhaltung grundlegend umzubauen. Das Gremium schließt sich damit den Erkenntnissen vieler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen von Tierethologie bis Ökonomie an. Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz der Bundesregierung (WBAE) zeigte bereits 2015 in seinem Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ den Pfad des Umbaus auf.

Bio muss in der Umsetzung des Borchert-Plans eine entscheidende Rolle spielen. Denn die artgerechte Tierhaltung ist ein Grundpfeiler der Ökologischen Landwirtschaft, der höchste gesetzliche Standard in Deutschland und Europa. Frische Luft und Bewegung erhöhen die Lebensqualität der Bio-iere und machen sie widerstandsfähiger.

**»Angesichts des globalen ökologischen Fußabdrucks und der negativen gesundheitlichen Effekte eines sehr hohen Fleischkonsums spricht sich der WBAE für die Strategie einer tiergerechteren und umweltfreundlicheren Produktion bei gleichzeitiger Reduktion der Konsummenge aus.«**

Die artgerechte Haltung mit gentechnikfreiem Bio-Futter direkt vom Hof oder aus der Region (mind. 50 %) trägt ebenfalls zum Umweltschutz bei, da nur so viele Tiere pro Fläche gehalten werden wie Boden, Gewässer und Klima vertragen. Die Bio-Vorgaben zur Haltung müssen beim Borchert-Plan zum Maßstab der höchsten Stufe

## EU-AGRARPOLITIK FORDERUNGEN AN AN DIE BUNDESREGIERUNG

Mindestens 70 % aller staatlichen Agrargelder müssen in freiwillige Umweltleistungen investiert werden.

Um Betrieben, die sich stärker auf Umweltleistungen ausrichten wollen, Planungssicherheit zu geben, müssen die Investitionen in freiwillige Umweltleistungen schrittweise erhöht werden. Die Mittel für Direktzahlungen müssen dazu kontinuierlich in die Agrarumweltprogramme der 2. Säule umgeschichtet werden.

Die Finanzplanung bis 2027 muss darauf ausgerichtet werden, das 25 % Bio-Ziel der EU-Kommission bis 2030 zu unterstützen.

Öko-Landwirtschaft muss als verpflichtende Maßnahme in der GAP verankert werden, sowohl europäisch als auch im nationalen Strategieplan.

Die Umweltleistungen des Bio-Anbaus müssen weiterhin als Agrarumweltmaßnahme über die 2. Säule der Agrarpolitik finanziert werden.

Bio-Betriebe müssen auch künftig Umweltmaßnahmen verschiedener Programme aus der 1. und 2. Säule miteinander kombinieren können.

Die Agrargelder müssen aktiven Landwirtinnen zugutekommen und nicht den Landeigentümern. Dabei hilft es, die Finanzierung der ersten Hektare zu verbessern und Junglandwirte und Junglandwirtinnen zu stärken.



der der Tierhaltung werden. Nur dann kann der Plan auch die Bio-Ziele der EU-Kommission, des Bundes und der Länder unterstützen. Wichtig ist, dass am Ende des Umbaus eine Tierhaltung steht, die von den Menschen akzeptiert wird und gut für Schwein, Rind, Huhn sowie Umwelt und Klima ist. Voraussetzung für den Umbau der Tierhaltung

**»Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) setzt sich für eine grundsätzliche Richtungsänderung bei der Tierhaltung ein.«**

ist die Finanzierung. Der BÖLW stützt den Vorschlag der Borchert-Kommission, eine Abgabe auf tierische Produkte zu erheben und darüber besonders artgerechte Haltungsverfahren zu unterstützen.

Denn nur so kann der Umbau auch finanziert werden. Die aktuellen Pläne für ein sogenanntes freiwilliges „Tierwohllabel“ sind unzureichend sowie verwirrend und werden von Verbänden und Wirtschaft zurecht kritisiert. Nachdem sich die EU-Mitgliedstaaten und die -Kommission für eine europäische Tierhaltungskennzeichnung ausgesprochen haben, braucht es keinen nationalen Sonderweg.

Bäuerinnen, Kunden und Tiere gewinnen, wenn eine verpflichtende staatliche Haltungskennzeichnung nach dem Vorbild des EU-Eierlabels eingeführt wird – und Bio beim Fleisch, wie schon beim Ei, als höchste Stufe verankert wird.

#### FAIRE MÄRKTE

## Für wahre Preise sorgen

Die Preise für Lebensmittel müssen die ökologische und soziale Wahrheit sagen, damit sie eine volkswirtschaftlich sinnvolle Steuerungsfunktion erfüllen können und die Marktwirtschaft funktioniert.

## MEHR PLATZ IM STALL & IM AUSLAUF



Jedes **9.** deutsche Ei legt ein Bio-Huhn

Quelle: BÖLW-Branchenreport 2020

### TIERHALTUNG UMBAUEN

#### FORDERUNGEN

##### AN DIE BUNDESREGIERUNG

Staatliche, verpflichtende Haltungskennzeichnung von Fleisch nach dem Vorbild der Eierkennzeichnung.

Feste Verankerung von Bio in allen Umbauplänen zur Tierhaltung.

Solide Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung nach den Plänen der Borchert-Kommission mit einer Abgabe auf tierische Produkte.

Alle bisher veröffentlichten wissenschaftlichen Untersuchungen kommen mit Blick auf die Lebensmittelproduktion in Deutschland bzw. Europa zu einem klaren Ergebnis: Große Teile der v.a. mit der Erzeugung verbundenen Kosten für die Umwelt spiegeln sich nicht im Produktpreis an der Ladenskasse wider. Vielmehr bezahlen Bürgerinnen und Bürger einen Teil der externen Kosten indirekt mit ihren Steuergeldern – oder durch Gebühren wie einer höheren Wasserrechnung wegen der zusätzlichen Reinigung des Trinkwassers von Nitrat

**»Umweltschäden finden aktuell keinen Eingang in den Lebensmittelpreisen. Stattdessen fallen sie der Allgemeinheit und künftigen Generationen zur Last.«**

Dr. Tobias Gaugler,  
Universität Augsburg

oder Pestiziden. Im schlimmsten Fall kommen alle Menschen für die „Reparatur“ von Umweltschäden auf, sogar jene, die Klima, Boden oder Artenvielfalt mit der Art ihres Wirtschaftens oder Verhaltens schützen. Das ist Marktversagen.

Das aktuelle System stellt das Verursacherprinzip auf den Kopf – und macht Produkte, die auf Kosten der Umwelt produziert werden, „billiger“ als etwa Bio-Lebensmittel, die eine ehrliche Kostenbilanz aufweisen und deren Preise die Wahrheit

sprechen. Zudem zeigen Forschungsergebnisse, dass eine an den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) orientierte, fleischreduzierte Bio-Ernährung heute schon kaum mehr kostet als der übliche Lebensmitteleinkauf – pro Person müssten Kunden nur etwa 81 Euro/Jahr bzw. 22 Cent/Tag mehr zahlen.

Will man Landwirtschaft und Ernährung umbauen, müssen Wettbewerbsverzerrungen gestoppt und dazu alle Kosten in das Produkt eingepreist werden. Umlagen auf den Einsatz synthetischer Pestizide und Düngemittel eignen sich, um Marktversagen zu begegnen. Denn das entsteht, wenn öffentliche Güter wie Boden, Artenvielfalt, Klima oder Grundwasser beim Wirtschaften geschädigt werden, aber die Produktpreise die entstandenen Kosten außen vorlassen. Und: Nur mit wahren Preisen entstehen faire Märkte, in denen sich eine nachhaltige Produktion für die BäuerInnen lohnt.

### FAIRE MÄRKTE FORDERUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG

Einführung von Umlagen auf den Einsatz synthetischer Pflanzenschutz- und Düngemittel zur Internalisierung externer Kosten.

Keine Subventionen für Wirtschaftspraktiken etwa im Pflanzenbau oder in der Tierhaltung, die Umweltschäden verursachen.

### PFLANZENGESUNDHEIT

## Bio-Pflanzen umweltfreundlich gesund erhalten

Vor allem mit kluger Vorsorge stärken Bio-Bäuerinnen und -Bauern die natürliche Selbstregulierung ihrer Gewächse. Das beugt wirkungsvoll Krankheiten und Schädlingen vor und hilft, Unkräuter in Schach zu halten. Damit Bio-Pflanzen

**»Ökolandbau fördert durch vielfältige Fruchtfolgen mit Zwischenfruchtanbau und dem Verzicht auf Pflanzenschutzmittel die biologische Vielfalt von Pflanzen und Tieren in der Agrarlandschaft.«**

Umweltbundesamt 2020

gesund wachsen können, spielen viele Faktoren eine Rolle: Gesunde Böden, die nicht überdüngt werden oder auch die Wahl der richtigen Sorte, die besonders nährstoffeffizient gedeiht, wenig anfällig für Krankheiten und robust gegen Schädlinge ist. Eine breite und vielfältige Fruchtfolge beugt ebenso Krankheiten und Schädlingen vor. Und der Schutz und die Förderung des Ökosystems Agrarfläche mitsamt der umgebenden Artenvielfalt stärkt ein natürliches Gleichgewicht zwischen Nützlingen und Schädlingen.

Das Ergebnis des Bio-Ansatzes, Pflanzen gesund zu erhalten, kann sich sehen lassen und schützt Bienen, Umwelt, Boden und Gewässer: Auf über 95 % aller Bio-Flächen werden in der Regel keine Pflanzenschutzmittel gespritzt. Chemisch-synthetische Pestizide sind komplett verboten – im Bio-Anbau sind etwa Herbizide wie Glyphosat tabu. Wenn es im Ökolandbau Pflanzenschutzmittel braucht, müssen es Naturstoffe sein – also Stoffe, deren Risiken gut bekannt, abgrenzbar und vermeidbar sind. Problem: Die Zulassungssysteme für Pflanzenschutzmittelwirkstoffe sind auf synthetische Pestizide zugeschnitten. Aspekte von Naturstoffen werden nicht berücksichtigt, bzw. benachteiligt die Zulassungspraxis dieser sogar. Wenn mehr Bäuerinnen und Bauern ihre Pflanzen wirksam ökologisch schützen sollen, braucht es deshalb dringend eine angepasste Zulassung, die Naturstoffe sorgfältig prüft und gleichzeitig deren Charakter gerecht wird.

Die geringe Menge an ökologischen Pflanzenschutzmitteln macht deren Entwicklung und teure Zulassung für viele Hersteller wirtschaftlich unattraktiv – die öffentliche finanzielle Unterstützung bei der Weiterentwicklung von öko-konformen Mitteln ist daher unentbehrlich, damit mehr Bäuerinnen und Bauern ihre Pflanzen umweltfreundlich gesund erhalten können.



Ein großes Problem für Bio-Betriebe – und auch für den Anbau konventioneller Arzneipflanzen oder dem Gemüseanbau für Babynahrung – sind Kontaminationen durch synthetische Pestizide, z. B. durch Abdrift oder Ferntransport von konventionell bewirtschafteten Flächen. Nicht immer sind diejenigen, die Belastungen verursacht haben, zweifelsfrei zu ermitteln – die geschädigten Bio-Betriebe bleiben auf den Kosten für ihre Produktion und für die Analysen sitzen. Solange chemisch-synthetische Pestizide großflächig erlaubt sind und es kein bundesweites Monitoring der dadurch verursachten ubiquitären Belastung mit Pestizidrückständen gibt, wird dieses Problem weiter zunehmen.

## PFLANZENGESUNDHEIT

### FORDERUNGEN

#### AN DIE BUNDESREGIERUNG

Stärkung der Ressortforschung durch ein eigenes Institut für Ökologischen Pflanzenbau.

Ausbau der Forschung zur ökologischen Gesunderhaltung von Pflanzen ohne chemisch-synthetische Pestizide.

Ausbau der Forschung zur Öko-Pflanzenzüchtung.

Einführung angepasster Zulassungskriterien für Pflanzenschutzmittel aus Naturstoffen.

Stärkung der Expertise zu Naturstoffen bei den zuständigen Behörden.

Höheres staatliches Engagement bei der Forschung und Entwicklung von Pflanzenschutzmitteln mit naturstofflichem Charakter.

Umsetzung eines bundesweiten, repräsentativen Monitorings für ubiquitäre (Hintergrund-) Belastungen durch Pestizidkontaminationen mit jährlicher Berichterstattung durch die zuständigen Bundesbehörden.

## ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

# Bio bringt Wertschöpfung in die Regionen

Die Bio-Milchbäuerin ist auf eine Bio-Molkerei angewiesen, die aus ihrer Öko-Milch Produkte herstellt. Der Bio-Ackerbauer braucht Mühlen, Bäcker oder Brauereien, die sein Getreide verarbeiten. Und wie zentral Qualitäts-Schlachthöfe und -Betriebe, die Fleisch verarbeiten, für die Höfe sind, zeigen die Auswirkungen der Coronapandemie deutlich. Bio-Rohstoffe sind vielfältig – durch die vielgliedrige Fruchtfolge und auch die jeweilige Anbausituation. Um diese Vielfalt zu Lebensmitteln veredeln zu können, braucht es Unternehmen mit dazu passender Struktur, innovativer Technik und Know-how. Das Grundprinzip erfolgreicher und resilienter Bio-Wertschöpfungsketten: Bio-Herstellerinnen und -Hersteller verarbeiten vor allem regional erzeugte Rohstoffe und vermarkten ihre Produkte auch über die Region hinaus. Die Politik berücksichtigt regionale Wertschöpfungsketten bisher viel zu wenig. Die Folge: Parallel zum Höfesterben in der Landwirtschaft schrumpft auch die Anzahl der Lebensmittelherstellerinnen und -hersteller drastisch, die verbliebenen Strukturen werden immer größer und können vielfältige Qualitätsanforderungen, wie sie beim Bio-Anbau entstehen, nicht bewältigen. Denn Vielfalt auf dem Acker erfordert auch Vielfalt in der Lebensmittelherstellung. Deshalb braucht es eine vielseitig strukturierte Ernährungswirtschaft, um die Ökziele von EU, Bund und Ländern zu erreichen. Anders als in der Landwirtschaft gibt es für Bio-Unternehmen, die Lebensmittel herstellen, keine gezielte Unterstützung wie Umstellungs- oder Beratungsförderung. Betriebe, die in die Öko-Verarbeitung einsteigen wollen, können nur auf die allgemeine Wirtschaftsförderung z. B. im Rahmen

der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) oder auf die Programme zur Verbesserung der Marktstruktur in der „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) zurückgreifen. In der GRW-Förderung von Bund und Ländern spielen ökologische bzw. Nachhaltigkeitsaspekte jedoch so gut wie keine Rolle – ob Unterstützung für eine Bio-Mühle oder ein Kohlekraftwerk beantragt wird, macht fast keinen Unterschied. Und in der GAK werden schon im bundesweiten Rahmenplan so aufwendige Bedingungen an eine Förderung geknüpft, dass es für kleine oder mittlere Öko-Hersteller unattraktiv wird, sich überhaupt auf Unterstützung zu bewerben.

Andere EU-Staaten wie etwa Österreich zeigen schon, wie mit intelligent übersetzter EU-Förderung Bio-Unternehmen einfach und wirksam unter die Arme gegriffen werden kann, um den Absatz und die Wertschöpfung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu verbessern. Auch Dänemark unterstützt Öko-Unternehmen, etwa bei der Entwicklung innovativer und attraktiver Produkte und trägt dazu bei, dass dort der Umsatzanteil mit Bio-Lebensmitteln bereits fast dreimal so hoch ist wie in Deutschland.

## ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

### FORDERUNGEN

#### AN DIE BUNDESREGIERUNG

Gezielte, vereinfachte und gut ausgestattete Förderung (mind. 100 Mio. € / Jahr) für Herstellende von Qualitätsprodukten (Bio u. a.) in der GAK nach dem Vorbild Österreichs mit Fokus auf KMU<sup>1</sup>.

Weiterentwicklung der Zukunftsstrategie ökologischer Landbau (ZÖL) mit Blick auf die stärkere Berücksichtigung der Bio-Ernährungswirtschaft.

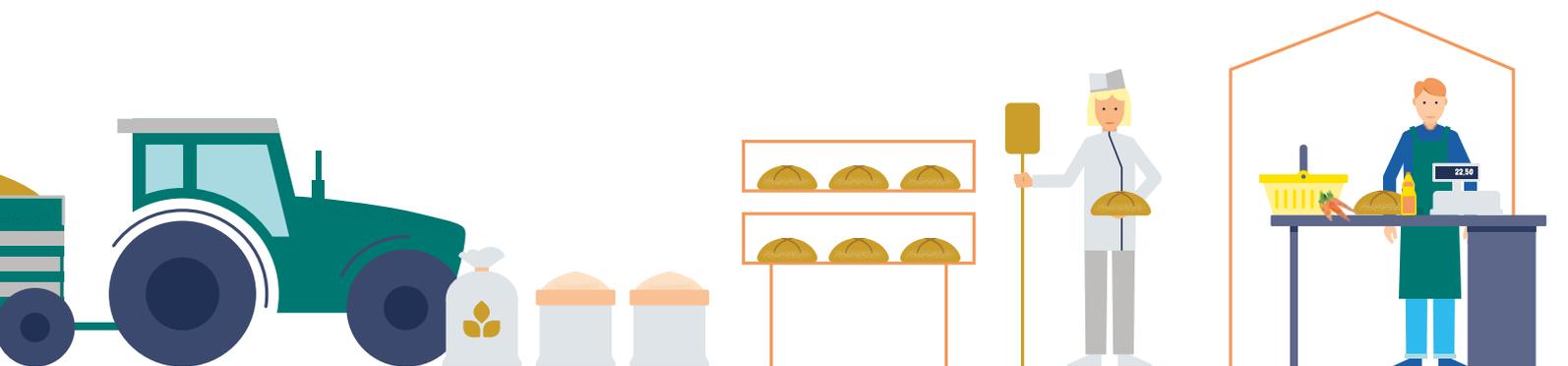
Etablierung flächendeckender Fach- und Förderberatungsangebote für herstellende Bio-Unternehmen.

Ausweitung des Bio-Kontrollkostenzuschusses auf Herstellungs-, Gastronomie- und Einzelhandelsbetriebe.

Bindung von Mitteln der regionalen Wirtschaftsförderung (GRW) an Nachhaltigkeitskriterien (s. Wirtschaft).

Prüfung steuerpolitischer Änderungen zur gezielten Stärkung nachhaltig wirtschaftender Unternehmen (s. Finanzen).

<sup>1</sup> Klein- und Mittelständische Unternehmen



## ERNÄHRUNG

# Wirksame Ernährungspolitik für Gesundheit, Gerechtigkeit und Umweltschutz

Welche zentrale Bedeutung eine gute, nachhaltige Ernährung für die menschliche Gesundheit, für Gerechtigkeit, Klima- sowie Biodiversitätsschutz und das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger hat, schrieb der WBAE mit seinem Gutachten „Politik für eine nachhaltigere Ernährung“ den Regierenden ins Stammbuch. Etwa 100 Milliarden Euro – über 25 % eines Bundeshaushalts – verschlingen ernährungsbedingte Erkrankungen und ihre Folgen jedes Jahr.

Wirksame Ernährungspolitik findet trotz allem nicht statt. Aus dem Gesundheitsministerium gibt es dazu praktisch gar keine Äußerungen. Den Milliarden-Werbebudgets für ungesunde, nicht nachhaltige Nahrungsmittel stehen wenige Millionen Euro für Information auf Seiten der staatlichen Stellen gegenüber. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie zur Reduktion von Fett, Zucker oder Salz in Fertiggerichten oder ein NutriScore, der Bio-Produkte und eine vollwertige Ernährung diskriminiert, ändern nichts am grundsätzlich nicht nachhaltigen Ernährungsverhalten hierzulande, mit zu hohem Fleischkonsum und zu wenig Obst und Gemüse – zu letzten beiden greifen deutsche Männer am wenigsten im Europavergleich.

Ohne eine kohärente ernährungspolitische Strategie und einen integrierten Politikansatz aller notwendigen Ressorts, den die Wissenschaft seit Jahren einfordert, werden eine nachhaltige und gesunde Ernährung sowie geringere Gesundheitskosten weiter unerreichbar bleiben. Entscheidend für stabile Verhaltensänderungen ist, dass zeit-

gemäße Bildungs- und Informationsmaßnahmen mit gesünderen Angeboten in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung Hand in Hand gehen. Die Food Schools in Kopenhagen zeigen eindrucksvoll, wie durch eine intelligente Verknüpfung

**»Eine umfassende Transformation des Ernährungssystems ist sinnvoll, sie ist möglich, und sie sollte umgehend begonnen werden.«**

WBAE 2020



von investiven Maßnahmen ein nachhaltiges Ernährungsverhalten in Kombination mit einer hohen Wertschätzung für Lebensmittel realisiert werden konnte. Die Maßnahmen umfassten Frischeküchen, kulinarisch und pädagogische Konzepte (etwa die Etablierung einer hochwertigen Bio-Schulverpflegung und Beteiligung der Schülerinnen und Schüler an der Zubereitung des Schulessens). All dies ließ sich innerhalb weniger Jahre realisieren und brachte ein größeres Verständnis für die heimische Landwirtschaft sowie die Herstellung und Zubereitung des Essens. Und Kopenhagen schaffte noch mehr: Unter dem Motto „Jeder hat ein Recht auf gutes Essen!“ stellte die dänische Hauptstadt in nur acht Jahren die gesamte öffentliche Verpflegung – von der Kinderkrippe bis zur Seniorenresidenz – auf eine leckere Frischküche mit 90 % Bio-Anteil um. Die Kosten der Umstellung: 1 Euro pro Einwohner und Jahr, weil vor allem die Verarbeitungs- und Zubereitungs kompetenz der Küchen verbessert, regionale und saisonale Rohstoffe verkocht sowie Lebensmittelverluste und -reste reduziert wurden.



## ERNÄHRUNG FORDERUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG

Entwicklung einer nationalen Strategie für eine nachhaltige Ernährung in einem partizipativen Prozess nach dem Vorbild der Entwicklung der ZöL und unter aktiver Mitwirkung von Ernährungs-, Gesundheits-, Bildungs-, Sozial- und Umweltministerium und den Bundesländern.

Einrichtung einer „Task Force nachhaltige Ernährung“, unter aktiver Beteiligung von genannten Ressorts mit jährlicher Berichtspflicht an den Deutschen Bundestag und die Öffentlichkeit.

Verstärkte Kommunikation an die Bürgerinnen und Bürger zur Bio-Produktion und ihren Leistungen für das Gemeinwohl.

Beschränkung der Bewerbung nicht-nachhaltiger Lebensmittel, v. a. wenn diese an Kinder gerichtet ist.

Flächendeckende Umsetzung nachhaltiger Gemeinschaftsverpflegung mit hohem Bio-Anteil in allen Einrichtungen des Bundes (Ziel: mind. 50 % Bio in 2030).

Finanzielle Förderung für Beratung und Bio-Umstellung von Einrichtungen der in staatlichen und privaten Gemeinschaftsverpflegung durch den Bund.

## ENTWICKLUNG VON LAND UND STADT

# Ländliche Regionen mit Bio zu Wirtschaftsmotoren machen

„Gleichwertige Lebensverhältnisse“ verlangt das Grundgesetz in Artikel 72 für ländliche wie für urbane Regionen. Damit Dörfer und Kommunen an Zugkraft gewinnen, braucht es mehr als schnelles Internet, Ehrenamtsförderung oder eine strukturell ausgewogene Verteilung von Behörden. Der Staat muss auf intelligente Weise Akteure und Strukturen fördern, die sich für mehr Nachhaltigkeit engagieren, damit Regionen nicht nur ein paar Jahre, sondern dauerhaft wirtschaftlich und gesellschaftlich belebt und gestärkt werden – und dabei das Land nicht (weiter) von der Stadt isolieren, sondern wirksam Brücken schlagen.

Bio kann in ländlichen Regionen wirtschaftliche Wachstumsimpulse setzen. Eine Branche, die Bedarf an einer Vielzahl von Mitarbeitenden unterschiedlichster Talente hat, die positiv auf die Umwelt vor Ort und die Lieferketten wirkt, ein Sektor mit Zukunft, der in Stadt und Land gleichermaßen „funktioniert“. Die stetig steigende Zahl an Bio-Unternehmen in den Regionen und der parallel steigende Absatz in den Zentren macht deutlich: Heute gelten Bio-Bäcker und -Bauern, Bio-Müllerin oder -Molkereigeschäftsführerin gerade im ländlichen Raum als sichere Arbeitgebende, setzen Impulse für die nachhaltige Entwicklung ihrer Umgebung und werden für ihre guten, umwelt-, klima- und tierfreundlichen Lebensmittel wertgeschätzt. Attraktive, artenreiche Bio-Kulturlandschaften machen das Leben auf dem Land noch attraktiver – für die Menschen vor Ort und für Touristen.

Eine ambitionierte Politik für den ländlichen Raum braucht eine klare Zuständigkeit in der Bundesregierung und die Weitsicht, die Förderwürdigkeit von Regionen durch mehr als nur wenige ökonomische Kennzahlen zu definieren. Vor allem





dürfen die begrenzten öffentlichen Gelder nicht länger für Projekte oder Strukturen vergeudet werden, die aufgrund ihrer ökologischen Risiken oder fehlender gesellschaftlicher Akzeptanz keine Zukunft haben und damit das Gemeinwohl auf Dauer schwächen, statt es zu stärken.

### ENTWICKLUNG VON LAND UND STADT FORDERUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG

Bündelung der Zuständigkeit für die ländliche Entwicklung, vorzugsweise im für Land- und Ernährungswirtschaft zuständigen Ressort.

Neudefinition förderfähiger Regionen (GRW-Gebiete) unter Einbeziehung besonderer Nachhaltigkeits-Herausforderungen.

Gezielte Fokussierung der Förderung der ländlichen Entwicklung auf Bio, im Einklang mit den (Öko-)Zielen der EU-Kommission.

Beendigung der Förderung für nicht-nachhaltige Investitionen und Programme im Sinne des Abbaus umweltschädlicher Subventionen (s. Wirtschaft).

### AUSBILDUNG

## Ohne Ausbildung kein Know-how: Bio in die Berufsschulen!

Im Ökolandbau werden kritische Inputs wie synthetische Düngemittel oder Pestizide durch Wissen und Können ersetzt. Das Ziel von 20 bzw. 25 % Öko-Fläche kann zeitnah nur erreicht werden, wenn dafür ausreichend bio-qualifizierte Fachkräfte ausgebildet werden. In der Bio-Ernährungswirtschaft ist trotz oder gerade wegen der technologischen Weiterentwicklung eine solide handwerkliche Ausbildung der Be-

schäftigten Voraussetzung für die Verarbeitung vielfältiger, heimischer Rohstoffe zu hochwertigen Bio-Lebensmitteln. Allein der Naturkostfachhandel hat in den letzten Jahren tausende neue Stellen geschaffen und braucht auch weiterhin dringend gut ausgebildetes Fachpersonal. Und auch im traditionellen Lebensmitteleinzelhandel oder der Gastronomie wachsen mit den Bio-Sortimenten die Anforderungen an die Bio-Kompetenz der Beschäftigten.

Bisher wird in zu wenigen Berufs-, Fach- und Hochschulen in Deutschland Öko-Fachwissen vermittelt bzw. geprüft. Der Großteil der angehenden Landwirtinnen, Bäcker, Agraringenieurinnen, Müller, Köchinnen oder Lebensmitteleinzelhandels-Kaufleute durchläuft Lehre oder Studium ohne Bio-Inhalte – auch, weil bisher entsprechend qualifizierte Lehrkräfte fehlen.

### AUSBILDUNG FORDERUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG

Ökolandbau als eigenständiger Ausbildungsgang. Alternativ „Prüfungsfach Bio“ in der traditionellen landwirtschaftlichen Ausbildung sowie grundsätzlich stärkere Integration von Bio in den Ausbildungsinhalten.

Verankern von Bio-Kenntnissen in allen Lebensmittel-relevanten Ausbildungsgängen in Ernährungswirtschaft, Gastronomie und Handel als relevante Pflichtbestandteile in den Prüfungsordnungen.

Konzeption und Umsetzung einer breit angelegten Öko-Qualifikationsoffensive für die Aus- und Fortbildung der Berufsschul- und Hochschullehrenden in allen relevanten Fachgebieten.

Aktives Vermitteln von Kenntnissen zu Bio-Berufsfeldern und -Tätigkeiten in allgemeinbildenden Schulen bis einschließlich Sekundarstufe I, inklusive Vertiefung durch Exkursionen zu Praxisbetrieben.

# 9,7%

## BIO-FLÄCHEN in Deutschland 2019

Quelle: BLE 2020



### FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

## Forschung für Bio stärken

Nach wie vor werden weniger als 2 % der öffentlichen Agrar-Forschungsmittel in Bio-Forschung investiert – obwohl aktuell 10 % der deutschen Agrarfläche von 13 % der Betriebe ökologisch bewirtschaftet werden. Das Ziel von 20 bzw. 25 % Öko-Fläche kann bis 2030 jedoch nur erreicht werden, wenn sich der Fokus der Agrar-Forschung stärker auf Öko-Forschungsfragen richtet. Die öffentliche Forschung ist für Bio besonders bedeutend, da das System Bio auf wissensintensive Verfahren aufbaut, statt auf externe Betriebsmitteln wie Pestizide oder Kunstdünger zu setzen. Bio-Höfe profitieren systembedingt nicht von Investitionen durch z. B. Agrochemie-Unternehmen. Um die Produktivität und Nachhaltigkeit der Öko-Produktion weiter zu steigern, braucht es Forschung zu innovativen Anbausystemen – mit noch vielfältigeren Fruchtfolgen oder Mischkulturen. Es braucht Forschung zu Agroforstsystemen, zur Bio-Pflanzenzüchtung und zu Hightech-Verfahren wie solarbetriebenen Jät-Robotern sowie zu einer noch umweltschonenderen Öko-Tierhaltung mit angepassten Rassen. Gleiches gilt für neue Verfahren in der Ernährungswirtschaft, die auf die innovative Herstellung von vielfältigen Bio-Lebensmitteln aus heimischen Rohstoffen und auf hohe Produktqualität und -Sicherheit ausgerichtet sind – ohne dafür problematische oder unerwünschte Zusatzstoffe, Zutaten oder Verfahren einzusetzen. Das rechtlich klar definierte Bio-System bildet einen hervorragenden Rahmen für neue Innovationen und Technologien mit hoher gesellschaftlicher Akzeptanz, von denen die gesamte Land- und Lebensmittelwirtschaft nachhaltig profitiert. Bisher ist das Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN) das zentrale Förderinstrument des Bundes für die Öko-Forschung. Die Bio-Flächen-

ziele des Bundes spiegeln sich jedoch nicht in der Höhe des BÖLN-Budgets wider. Deshalb werden viele Öko-Forschungsprojekte trotz positiver Begutachtung nicht, nur stark reduziert oder verzögert bewilligt, trotz einer hohen Innovationsbereitschaft und -fähigkeit der Bio-Bäuerinnen, -Berater und -Unternehmen. Unzureichende Öko-Forschungsfördermittel und -infrastrukturen führen heute bereits zu einem Innovationsstau, der Deutschland im europäischen und globalen Bio-Wettbewerb zurückwerfen könnte. Schon jetzt droht der Bundesrepublik, ihren Stammplatz als größter Bio-Markt in Europa an Frankreich zu verlieren.

### FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG FORDERUNGEN

#### AN DIE BUNDESREGIERUNG

Etablierung von speziell auf den Ökolandbau zugeschnittener Forschung und Entwicklung, deren Anteil an den Agrarforschungsfördermitteln des Bundes bis spätestens 2025 auf 20 % ausgedehnt wird.

Aufstockung des BÖLN-Budgets um jährlich 15 Mio. Euro und (Re-)Fokussieren des Programms auf den Bio-Bereich.

Enge Abstimmung der Nationalen Forschungsstrategie Bioökonomie mit der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, der Biodiversitätsstrategie, der ZÖL und dem Klimaschutzplan 2050.

Ausbau der Forschungsinfrastruktur entsprechend der wachsenden Bedeutung des Bio-Sektors für eine nachhaltige Land- und Lebensmittelwirtschaft.

Aufbau eines transdisziplinären „Forschungsnetzwerks für öko-systemare Agrarforschung“, das gewährleistet, dass Forschungsansätze und wissenschaftliche Arbeiten von Spezialisten und Praktikerinnen gemeinsam konzipiert und durchgeführt werden.

Unterstützung des Forschungsnetzwerks durch zusätzliche Bio-Forschungseinrichtungen in der Ressortforschung des BMEL wie z. B. ein Institut für Öko-Pflanzenbau und Öko-Züchtungsforschung.

# Umwelt- und Naturschutz

MEHR  
ARTENVIELFALT



1/5  
aller deutschen  
Obstflächen bewirtschaften  
Bio-Obstbauern

Quelle: BÖLW-Branchenreport 2020

Für zentrale, globale Herausforderungen, wie dem dramatischen Artensterben oder dem Klima-, Wasser- und Bodenschutz, liegt ein Großteil der Regierungsverantwortung in der Umwelt- und Naturschutzpolitik. Durch intelligente Ausrichtung umweltpolitischer Programme und Vorgaben im Ordnungsrecht kann Umweltpolitik die Potenziale der Ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft nutzen und vergrößern und so kostengünstig und sicher für mehr Nachhaltigkeit in der Fläche sorgen. Entscheidend für die Erreichung umweltpolitischer Ziele ist der Mut zu grundlegenden Veränderungen. So wie im Energiebereich klar auf erneuerbare Energien und nicht auf „nachhaltigere Braunkohle“ gesetzt wird, muss auch im Agrar- und Ernährungsbereich die Priorität auf Bio gelegt werden, statt den Status quo unbestimmt etwas grüner zu machen – der Anteil der Bio-Fläche liegt aktuell bei ca. 10 %, nur knapp unterhalb des Anteils der erneuerbaren Energieträger am Primärenergieverbrauch von 14,1 %.

Anders als andere Produktionssysteme bietet Bio einen gesetzlichen Rahmen, hohe gesellschaftliche Anerkennung und ein wirksames Kontrollsystem. Außerdem bedeutet die Umstellung auf Bio in aller Regel eine langfristige, wenn nicht gar lebenslange Entscheidung. Bio-Leistungen für Klima, Wasser, Tiere oder Boden werden also kontinuierlich und aufbauend erbracht. Damit hat Öko ein einzigartiges Potenzial, Nachhaltigkeitsziele sowie Verpflichtungen, die sich aus völker- oder europarechtlichen Verträgen, wie dem Pariser Klima-Abkommen, der UN-Konvention für die Biologische Vielfalt oder der EU-Wasserrahmenrichtlinie ergeben, erfolgreich umzusetzen. Gleichzeitig stärkt die Bio-Wertschöpfung auch regionale Wirtschaftsstrukturen im ländlichen Raum.

Bisher wird das Bio-Potenzial in den Prioritäten und Strukturen der Umweltpolitik nur bedingt abgerufen. Ein „Referat für ökologischen Landbau“ gibt es weder im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit noch in seinen nachgelagerten Fachbehörden,

immer wieder kommt es – in der Regel ungewollt – zu Konflikten, weil bei umweltpolitischen Weichenstellungen die besonderen Bedürfnisse der ökologisch wirtschaftenden Betriebe und Unternehmen nicht von Beginn an berücksichtigt werden.

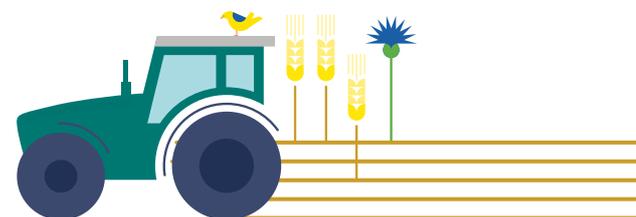
Wie grundlegende Veränderungen gelingen und was es dafür braucht, darauf schauen wir in diesem Kapitel und beleuchten die Themen Biodiversität, Klima und Wasser.

## BIODIVERSITÄT

### Öko bringt Vielfalt auf und um Acker und Wiese

Eine besondere Stärke von Bio ist die produktionsintegrierte Förderung der Artenvielfalt sowie des Boden- und Gewässerschutzes des Boden- und Gewässerschutzes. Das volle Potenzial ist längst nicht ausgeschöpft: Weiterentwicklungen der Öko-Produktion, z. B. durch Entwicklung neuer Mischkultur-Anbausysteme, Integration von Elementen aus Agroforstwirtschaft, Optimierung digitaler Instrumente zur nicht-chemischen Gesunderhaltung von Pflanzen u. ä. sind möglich (s. Forschung).

Der Vorteil von Öko für die Artenvielfalt lässt sich eindeutig wissenschaftlich belegen, was zuletzt das staatliche Thünen-Institut in einer Metastudie tat: Im Mittel lagen laut der Untersuchung die Arten-



## »Ökolandbau ist eine Erfolgsgeschichte Europas.«

Virginijus Sinkevičius,  
EU-Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei

zahlen der Ackerflora bei Öko-Bewirtschaftung um 95 %, bei den Feldvögeln um 35 % höher. Eine Studie des World Wide Fund For Nature (WWF) und des Kompetenzzentrums Ökolandbau Niedersachsen (KÖN) zeigten ebenfalls, dass Bio mehr Artenvielfalt auf die Flächen bringt. Bis zu siebenfach höhere Bestände bei Feldlerchen, Wildbienen, Hummeln und Schmetterlingen und fast hundertmal mehr blühende Pflanzen wurden gemessen – bei laufender landwirtschaftlicher Produktion.

Mit mehr Ökolandbau erholen sich also Artenbestände bei gleichzeitiger, umweltfreundlicher Produktion von hochwertigen Lebensmitteln. Entscheidend für diesen Bio-Effekt ist, dass biodiversitätsschädliche Inputs wie chemisch-synthetische Pestizide oder Kunstdünger direkt auf den Produktionsflächen vermieden werden. Die Aufteilung in „Schutz- und Schmutzgebiete“, z. B. die Anlage von Blühstreifen in der Umgebung intensiv gedüngter und mit synthetischen Pestiziden behandelte Äcker, Obst- oder Rebplantagen etc. kann den Artenrückgang weder stoppen, noch umkehren.

Maßnahmen funktionieren, die bisher seitens der Bundesregierung nicht angelegt sind.

Wie die Klimaziele realistisch erreicht werden können, zeigt eine Studie des Öko-Instituts im Auftrag der Klima-Allianz Deutschland. Hierin heißt es, dass eine Reduktion des Konsums von Milch- und Fleischprodukten um ein Viertel bereits eine jährliche Einsparung von 7,8 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> erbringt.

Bio wirkt laut der Metastudie des Thünen-Institutes positiv auf das Klima: Empirische Messungen ergaben, dass die Böden unter ökologischer Wirtschaftsweise in unseren gemäßigten Klimazonen weniger Treibhausgase produzieren. Bio-Böden weisen im Schnitt einen 10 % höheren Gehalt an organischem Bodenkohlenstoff auf. Sie entnehmen über die Photosynthese der Pflanzen CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre und legen es dauerhaft im Humus fest. Zudem wirkt Öko positiv mit Blick auf die Klimaanpassung (Corg-Gehalt, Aggregatstabilität, Infiltration). So nehmen Öko-Böden nachweislich schneller und mehr Wasser auf und speichern es besser. Das ist vorteilhaft sowohl bei Starkregen als auch bei Trockenheit – beides Effekte, die aufgrund des Klimawandels in Zukunft gehäuft auftreten werden.

Einer der wichtigsten Hebel für Klimaschutz in der Landwirtschaft liegt in der Bindung der Tierhaltung an die Fläche, wie es für Bio-Betriebe gesetzlich vorgeschrieben ist.

### KLIMASCHUTZ

## Für die klimafreundliche Zukunft: Weniger Tiere, mehr Bio

Bis 2030 muss der Sektor Landwirtschaft eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen von 11 bis 14 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten gegenüber 2016 erbringen. Das wird nur mit wirksamen



## GEWÄSSERSCHUTZ

# Mit Bio Wasser schützen für Mensch und Umwelt

Der Konflikt zwischen Wasserschutz und Landwirtschaft, wegen Nitrat- und Pestizidbelastungen im Grundwasser, ist vielerorts gravierend. Der Ökolandbau beweist, dass er hier eine kostengünstige Antwort ist. Das zeigen umfassende Forschungsergebnisse und positive Erfahrungen aus der Kooperation zwischen Bio-Betrieben und Wasserversorgern in München, Leipzig, Oldenburg-Ostfriesland, der Rhein-Main-Region oder anderswo.

**»Die Erträge der Biobauern können problemlos mithalten, nach der Umstellung erzielten sie zudem höhere Gewinne. Gerade in Jahren mit Dürren verzeichnet der biologische Landbau 31 % mehr Erträge – und verbraucht dabei 45 % weniger Energie und stößt 40 % weniger Treibhausgase aus.«**

Rodale Institute 2013

Wichtig ist die gezielte Information von Akteuren der Wasserwirtschaft, kommunalen Träger und bisher konventionell wirtschaftenden Betrieben, um positive Effekte für den Wasserschutz und wirtschaftlichen Perspektiven für die Landwirte zu verknüpfen.



## GEWÄSSERSCHUTZ

### FORDERUNGEN

#### AN DIE BUNDESREGIERUNG

Stärkung des Knowhow zur Ökologischen Wirtschaftsweise in Einrichtungen des Umweltressorts.

Gezielte Fokussierung umweltpolitischer Programme und Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft auf die Ausweitung und Weiterentwicklung der ökologischen Produktion.

Ausbau der Kommunikation zu den Öko-Leistungen der Bio-Produktion (s. Ernährung).

Umsetzung eines bundesweiten, repräsentativen Monitorings für ubiquitäre (Hintergrund-) Belastungen durch Pestizide mit jährlicher Berichterstattung durch die zuständigen Bundesbehörden.

# Wirtschaft

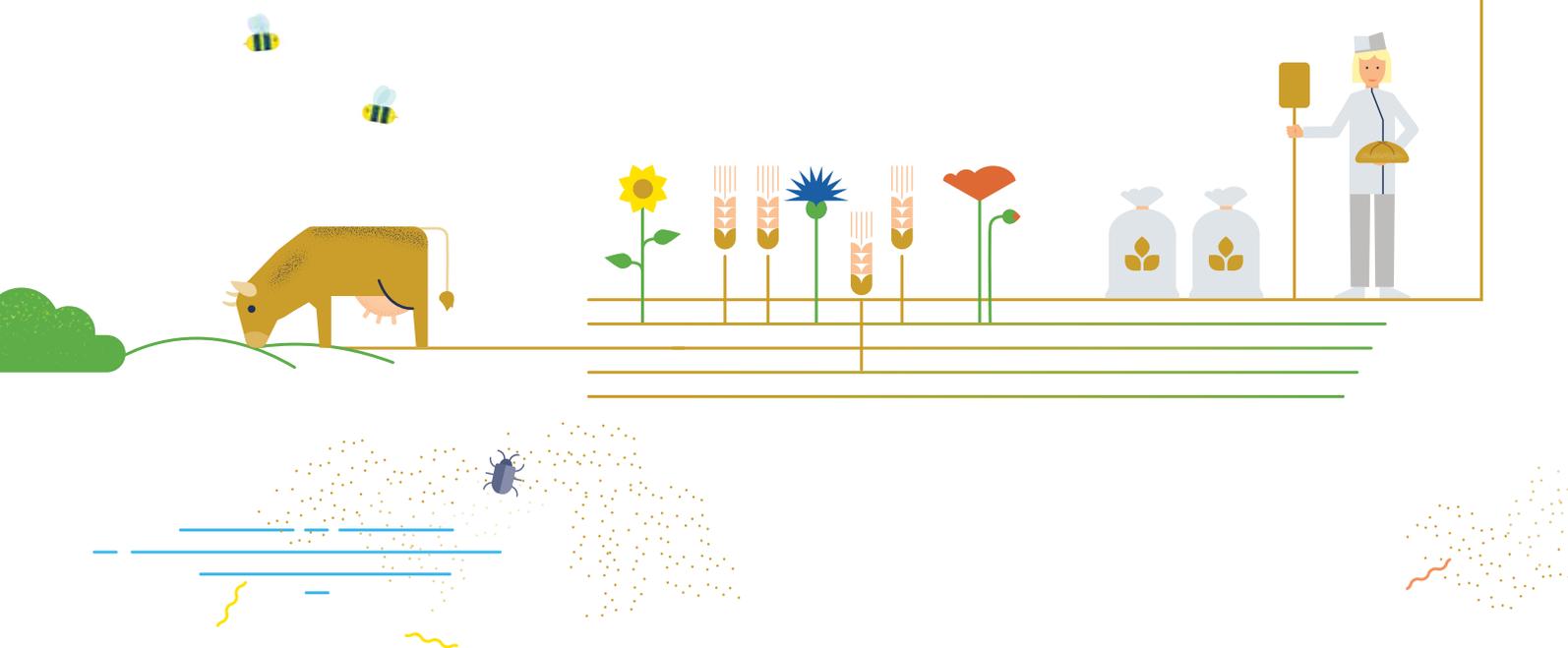
Mit ihrem Green Deal sendet die EU-Kommission eine klare Botschaft: Wohlstand und Ökologie können nur miteinander, nicht gegeneinander, erreicht und dauerhaft gesichert werden. Die Kommission legt mit dem Green Deal einen konkreten „Fahrplan für eine nachhaltige EU-Wirtschaft“ vor – mit klaren Strategieplänen (Farm to Fork-Strategie, Biodiversitätsstrategie) und einem neuen Nachhaltigkeitsfokus in der Wirtschaftspolitik (u. a. EU-Lieferkettengesetz, Bereitstellung von umfangreichen Finanzmitteln für die Transformation).

Weit entfernt von einem Green Deal steht derzeit Deutschlands Wirtschaftspolitik da. Schon die Indikatoren von wirtschaftlichem Erfolg, wie das BIP, die Anzahl neuer Patente oder der Fokus auf Wachstum, hinken hierzulande neueren, wissenschaftlichen Erkenntnissen weit hinterher. Es ist unstrittig, dass mit diesen Dinosaurier-Indikatoren weder der Wohlstand, noch die Nachhaltigkeit von Unternehmen oder Regionen ausreichend erfasst werden können – und die Wirtschaft damit das Ziel verfehlen muss, dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger zu dienen.

## Nachhaltigkeit zum Förderkriterium machen

Eine BÖLW-Anfrage bei den Wirtschaftsministerien der Bundesländer liefert ein ernüchterndes Ergebnis: In den meisten Bundesländern spielt die Nachhaltigkeit von Unternehmen in der Bewertung von Anträgen auf Wirtschaftsförderung überhaupt keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle. Ein solch veraltetes Verständnis von Wirtschaftsförderung und -politik gefährdet die Zukunft Deutschlands gleich doppelt: Einerseits werden die von den Menschen und Unternehmen im Land erwirtschafteten Steuergelder für Strukturen ver(sch)wendet, die wegen ihrer nicht nachhaltigen Ressourcennutzung oder Emissionen Schäden an Gemeingütern verursachen und/oder deshalb in absehbarer Zeit wieder zurückgebaut werden müssen.

Andererseits fehlen die Milliarden Euro, die in umweltschädliche Subventionen geflossen sind, um jene Unternehmen und Strukturen zu fördern, die eine nachhaltige Transformation und ein Wirtschaften innerhalb der planetaren Belastungsgrenzen anstreben.





## Steuergelder nur für nachhaltige Unternehmen

Angesichts des überzogenen CO<sub>2</sub>-Budgets und der dramatischen Zerstörung der Artenvielfalt muss für die 2021 und danach gewählten Regierungen auf Bundes- und Landesebene klar sein: Steuergelder dürfen nur noch in Wirtschaftsbereiche und Unternehmen investiert werden, die den Umbau Richtung Green Deal stärken.

Das zentrale Instrument der Wirtschaftsförderung auf Bund-Länder-Ebene ist die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Sie fokussiert bewusst kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), weil wissenschaftlich wie politisch unstrittig ist, dass solche Strukturen für eine dauerhafte Stärkung von Regionen und die Entwicklung von Innovationen entscheidend sind. Denn anders als international operierende Konzerne engagieren sich die Eigentümer von KMU vor Ort. Standorte – auch hochprofitable – werden nicht einfach geschlossen, nur, weil irgendwo anders auf dem Globus ein vermeintlich besseres Investitionsumfeld existiert.

Die gut gemeinten Impulse in der GRW und von andere Instrumenten verpuffen, wenn die politischen Rahmenbedingungen insgesamt eher nicht-nachhaltige Großstrukturen begünstigen. Etwa, wenn Steuerschlupflöcher nicht geschlossen werden oder das Verschieben von Gewinnen in Niedrigsteuerländer toleriert wird, so dass der ehrliche Kaufmann ökonomisch im Nachteil ist. Oder wenn sich KMU im Dschungel der Förderprogramme und -bedingungen verlieren, da ihnen die Ressourcen für ein professionelles Antragsmanagement bzw. Beratung fehlen.

## Preise müssen die Wahrheit sprechen

Marktwirtschaften können nur dann ihr volles Potenzial für das Gemeinwohl erbringen, wenn die auf den Märkten angebotenen Produkte in ihren Preisen auch die Kosten für Gemeingüter widerspiegeln. Doch das ist heute weder bei der scheinbar „billigen“ Wurst, noch dem „billigen“ Brötchen der Fall. Wo Kosten für Nitrat oder Pestiziden im Trinkwasser an der Ladenkasse unter den Tisch fallen (dürfen) und jährlich über 50 Milliarden Euro in umweltschädliche Subventionen fließen, werden Wettbewerbsverzerrung und Umweltzerstörung belohnt – auf Kosten von Marktwirtschaft und Gesellschaft.

## Handel fair gestalten

Die nachhaltige Transformation der Wirtschaft kann nur gelingen, wenn dafür auch im Außenhandel der notwendige Rahmen gesetzt wird. Bisher werden mit bzw. in (Frei-)Handelsabkommen nicht-nachhaltige Wirtschaftspraktiken befördert, beispielsweise wenn im Mercosur-Abkommen der Export deutscher Autos mit dem Export für Rindfleisch aus Südamerika erkaufte wird. Ohne faire, globale Handelsregeln verlieren Gesellschaft und Umwelt in den entsprechenden Regionen – und darüber hinaus. Eine zukunftsfähige Außenwirtschaftspolitik stellt die planetaren Belastungsgrenzen in den Mittelpunkt und gibt völkerrechtlichen Abkommen, wie dem Klimavertrag von Paris oder der UN-Konvention zur Biologischen Vielfalt, Priorität gegenüber den Eigeninteressen weniger, nicht-nachhaltiger Unternehmen oder Branchen.



## Bio schafft blühende Landschaften

Die Ökologische Lebensmittelwirtschaft ist Pionier und Vorbild für eine moderne, nachhaltige und resiliente Wirtschaft des 21. Jahrhunderts. Aus ökologischen Start-ups der 1970er, -80er und -90er Jahre bauten innovative Unternehmerinnen und Unternehmer vielfältige, dynamische KMU<sup>1</sup> auf. Immer neue Bio-Gründungen etablieren sich erfolgreich national wie global am Bio-Markt, der sich rasant entwickelt. Um die Bio-Unternehmen herum entstehen, im wahrsten Sinne des Wortes, „blühende Landschaften“, weil die Produktion der Bio-Rohstoffe mehr Vielfalt auf Äcker und Wiesen bringt. Und anders als das Kohlekraftwerk oder die Fabrik für Verbrennungsmotoren geben Bio-Lebensmittelherstellerinnen und -hersteller ihren Regionen ein langfristiges Zukunftsversprechen. Denn gutes, nachhaltig produziertes Essen ist ein dauerhafter Gegenwarts- und Zukunftsmarkt.

### WIRTSCHAFT

#### FORDERUNGEN

#### AN DIE BUNDESREGIERUNG

Weiterentwicklung der GRW im Sinne des Green Deal, v. a. durch Verankerung der Nachhaltigkeit bzw. nachhaltiger Entwicklung als prioritäres Ziel der Förderung im GRW-Rahmenplan.

Neudefinition förderfähiger Gebiete unter Einbeziehung von Faktoren wie Demographie oder besonderer Nachhaltigkeits-Herausforderungen, so dass die Förderung nachhaltig wirtschaftender Unternehmen in mehr Regionen möglich ist.

Zügiger Abbau umweltschädlicher Subventionen (s. Finanzen).

Einhaltung planetarer Belastungsgrenzen und nachweisliche Beiträge zur Erreichung der Ziele des Pariser Klima-Abkommens und der UN-Biodiversitätskonvention als Voraussetzung aller künftigen (bi- und multilateralen) Handelsabkommen.



# Entwicklungs- zusammenarbeit

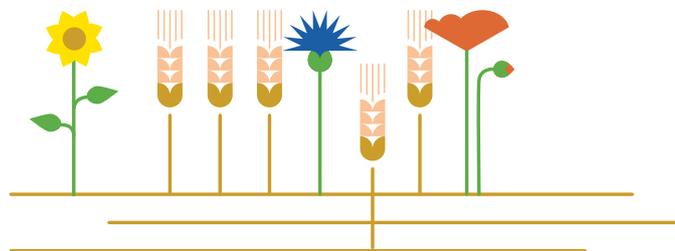
Genügend und gesundes Essen für eine (noch) wachsende Bevölkerung innerhalb der Belastungsgrenzen der Erde produzieren – das muss das übergeordnete Ziel Deutschlands und der Weltgemeinschaft sein, um die Hungerkrisen und die Mangelernährung zu besiegen.

Ressourcenschonend wird das Ziel nur mit einer Land- und Lebensmittelwirtschaft erreicht, die ohnehin begrenzte Kapitalressourcen nicht für synthetische Betriebsmittel oder Saatgut-Lizenzen ver(sch)wendet und damit neue Abhängigkeiten gerade auch in den Ländern des Südens schafft, die unter Hunger oder den Folgen der Klimakrise leiden. Stattdessen braucht es

eine Produktion, welche Nachhaltigkeit und die ökonomische sowie technologische Unabhängigkeit der überwiegend kleinbäuerlichen Produzentinnen und Produzenten stärkt. Die Ökologische Landwirtschaft, die inzwischen in 180 Ländern weltweit erfolgreich praktiziert wird, ist dafür ideal aufgestellt. In den letzten Jahren erkannte Deutschland die Potenziale von Bio für die Entwicklungszusammenarbeit. Diese Ansätze müssen jetzt verstetigt und ausgeweitet werden

**»Der Weltagrарbericht zeigt:  
Wir brauchen eine agrarökologische  
Evolution der Landwirtschaft, der  
Lebensmittelproduktion und des  
Konsums.«**

[weltagrarbericht.de](http://weltagrarbericht.de)



## ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

### FORDERUNGEN

#### AN DIE BUNDESREGIERUNG

Stärkung von zivilgesellschaftlichen und unternehmerischen Initiativen, die auf ökologische Lebensmittel setzen.

Stärkere Berücksichtigung des Bio-Landbaus in den bi- und multilateralen Programmen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

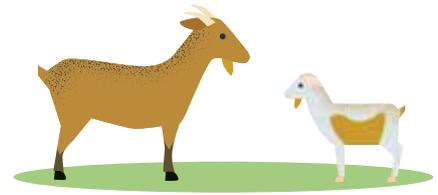
Stärkung des Business-Scout-Programms mit dem Ziel, Bio-Unternehmen im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit weiter zu unterstützen.

Ausbau der Öko-Wissenszentren in den Staaten Afrikas und perspektivisch auch Südamerikas sowie Asiens.

Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Aspekten in der Handelspolitik.

Zeitnahe Verabschiedung eines Lieferkettengesetzes und entsprechender Initiativen auf EU-Ebene.

# Bildung und Forschung



Anders als z. B. im Wirtschaftsressort ist Nachhaltigkeit als Thema in den Strategien und Programmen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) durchaus vertreten, etwa über die Strategie „Forschung für Nachhaltigkeit“ (FONA).

Allerdings bremst das BMBF die Wirksamkeit der eigenen Förderung von Nachhaltigkeitsforschung teilweise selbst aus, da es den Innovationsbegriff seit Jahrzehnten fast ausschließlich auf technologische Entwicklungen begrenzt.

Gleichzeitig tut sich die deutsche Forschungspolitik im Vergleich zur EU-Ebene immer noch sehr schwer, ein wirklich modernes, transdisziplinäres Verständnis von Forschung und Entwicklung zu leben, das Innovationsleistungen auch von Akteuren anerkennt und aufgreift, die nicht aus den etablierten öffentlichen oder industriellen Forschungsinstitutionen kommen – wie beispielsweise von Landwirtinnen und Lebensmittelunternehmern. Dadurch erfährt gemeinwohlorientierte, höchst praxisrelevante Forschung einen deutlichen Nachteil.

## Nachhaltige Zukunft braucht breites Innovationsverständnis & öffentliche Forschung

Die einseitige Fixierung auf Technologien und ein eingeschränktes Forschungsverständnis diskriminieren alternative Innovationssysteme wie die Ökologische Lebensmittelwirtschaft.

Das wird dadurch deutlich, dass immer noch weniger als 2 % der öffentlichen Agrar-Forschungsmittel in Öko-Forschung investiert werden – obwohl bereits etwa 10 % der deutschen

Agrarfläche ökologisch bewirtschaftet werden und diese Fläche bis 2030 auf mindestens 20 % ausgeweitet werden soll. Diese Zielvorgabe unterstützt das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele wie Biodiversität, Klima-, Boden- und Wasserschutz sowie gesunde Ernährung und Konsum zu erreichen.

Dies kann nur gelingen, wenn auch der Fokus der Agrar-Forschung endlich stärker auf Öko-Forschungsfragen gerichtet wird.

Die öffentliche Forschung ist für den Ökolandbau von besonderer Bedeutung, da das System Bio stärker auf wissensintensiven Verfahren als auf externen Betriebsmitteln, wie Pflanzenschutz- oder Düngemitteln, aufbaut. Systembedingt profitieren Öko-Landwirtinnen und -Landwirte deshalb nicht oder kaum von Forschungsinvestitionen z. B. der Agrochemie-Unternehmen.

## Öko-Forschung für vielfältige Lebensmittelherstellung

Um die Produktivität und Nachhaltigkeit der Öko-Produktion weiter zu steigern, braucht es mehr Forschung zu innovativen Anbausystemen – unter anderem zu noch vielfältigeren Fruchtfolgen oder Mischkulturen, zu Agroforstsystemen, zur Bio-Pflanzenzüchtung und zu Hightech-Verfahren wie solarbetriebenen Jät-Robotern oder Forschung zu einer noch umweltschonenderen Öko-Tierhaltung mit angepassten Rassen.

Gleiches gilt für eine nachhaltige Ernährungswirtschaft: Auch hier müssen neue Verfahren (weiter-) entwickelt werden, die auf die innovative Herstellung von vielfältigen Bio-Lebensmitteln aus heimischen Rohstoffen und auf hohe Produktqualität und -sicherheit ausgerichtet sind – ohne dafür problematische oder unerwünschte Zusatzstoffe, Zutaten oder Verfahren einzusetzen.



## Bio = Innovations- rahmen für mehr Nachhaltigkeit der gesamten Land- und Lebensmittel- wirtschaft

Das rechtlich klar definierte Bio-System bildet einen hervorragenden Rahmen für Innovationen mit hoher gesellschaftlicher Akzeptanz, von denen die gesamte Land- und Lebensmittelwirtschaft nachhaltig profitiert. Trotz oder gerade wegen der jahrzehntelangen Vernachlässigung der öffentlichen Forschungsförderung für Bio haben sich zahlreiche und dynamische Praxisforschungsstrukturen entwickelt.

Diese tragen heute schon zur Entwicklung und Umsetzung innovativer Systemlösungen entscheidend bei – und können als günstige, risikofreie und praxisnahe Blaupause für transformative Forschung und forschungsintegrierten Wissenstransfer dienen.

Praxisforschungsakteure werden in Zukunft stärkere öffentliche Unterstützung brauchen, denn die gesellschaftlichen Anforderungen an Land- und Lebensmittelwirtschaft werden weiterwachsen.

Das beim BMEL<sup>1</sup> budgetierte Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN) reicht mit seiner Ausstattung längst nicht als zentrales Förderinstrument des Bundes für die Bio-Forschung aus. Unzureichende Öko-Forschungsfördermittel und -Forschungsinfrastrukturen verursachen bereits heute einen Bio-Innovationsstau, der Deutschland im europäischen und globalen Bio-Wettbewerb zurückwirft. Schon jetzt droht Deutschland, als Ursprungsregion der Bio-Wirtschaft, seinen Stammpfad als größter europäischer Bio-Markt an Frankreich zu verlieren.

## Mit systemischer Forschung Landwirtschaft nachhaltig machen

Besonders schädlich für die politisch und gesellschaftlich gewünschte Weiterentwicklung der (ökologischen) Land- und Lebensmittelwirtschaft ist die aktuelle einseitige Konzentration der Agrar- und Züchtungsforschung auf gentechnische Verfahren wie Crispr-Cas9. Derartige Verfahren werden in der ökologischen Produktion gemäß EU-Öko-Verordnung nicht angewendet und die Ergebnisse sind für den Bio-Bereich nutzlos. Dazu kommt, dass über die gentechnischen Verfahren Nutzpflanzen und -tiere patentiert werden, was dem politisch breit verankerten Willen widerspricht, derartige Patente abzulehnen. Angesichts der wissenschaftlich bestätigten Notwendigkeit einer systemischen Transformation der Lebensmittelproduktion ist eine Zuspitzung der Forschungsbemühungen auf Einzelaspekte, wie dem Genom, ohnehin nicht sinnvoll. Derart einseitige Forschung und ihre Finanzierung verursacht

**»Die Forschung zu Methoden des Ökolandbaus bedarf daher eines starken Impulses, um der deutschen Landwirtschaft zu ermöglichen, die anspruchsvollen, von der Bundesregierung gesetzten Ziele zu erreichen.«**

Umweltbundesamt 2020

Pfadabhängigkeiten, die den notwendigen grundlegenden Umbau der Lebensmittelproduktion erschweren oder verzögern – beides können wir uns mit Blick auf die großen Herausforderungen hinsichtlich Biodiversitäts- und Klimakrise sowie der Notwendigkeit eines Wirtschaftssystems, das die planetaren Belastungsgrenzen respektiert, nicht leisten.

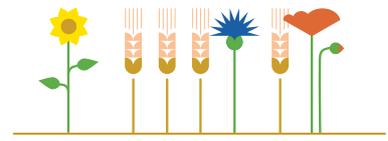
1 BMEL: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Auch für die (Agrar-) Forschung gilt: Vielfalt ist Stärke. Statt weiterhin Ressourcen vorwiegend in Agrogentechnik-Forschung zu pumpen, deren Ergebnisse seit Dekaden gar keine Lösungen systemischer Probleme liefern und noch dazu von der großen Mehrheit der Gesellschaft klar abgelehnt werden, sollte die Forschungsförderung des Bundes eine Vielzahl unterschiedlicher Ansätze für nachhaltige Produktionssysteme fokussieren. Insbesondere sollte der Bund anstreben, die Weiterentwicklung des Ökolandbaus mit entsprechender Forschung und Entwicklung gleichberechtigt zu unterstützen, da Bio in Bezug auf Nachhaltigkeitsleistungen den mit Abstand wirksamsten, am besten belegten und gesellschaftlich breit akzeptierten Systemansatz bietet.

## ZUKUNFTS- LANDWIRTSCHAFT

# 9,7 %

Bio-Flächen in Deutschland 2019



Quelle: BLE 2020

### **BILDUNG UND FORSCHUNG FORDERUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG**

Etablierung von speziell auf den Ökolandbau zugeschnittenen Forschungs- und Entwicklungsprogrammen.

Öko-Anteil an den Agrarforschungsmitteln des Bundes bis spätestens 2025 auf 20 % ausdehnen.

Etablierung geeigneter, öffentlicher Forschungsinfrastrukturen für Bio etwa im Bereich der Ressortforschung und damit entsprechende öko-spezifische Forschungsstrukturen und Expertisen erweitern.

Freie, gemeinwohlorientierte Forschung im Bio-Bereich darf keinen Wettbewerbsnachteil in der Konkurrenz um öffentliche Fördermittel erfahren.

Enge Abstimmung der Hightech-Strategie und der Nationalen Forschungsstrategie Bioökonomie mit der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, der Biodiversitätsstrategie, der Zukunftsstrategie Ökologischer Landbau und dem Klimaschutzplan 2050.

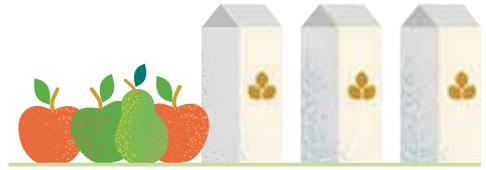
Forschungsprojekte zur Ernährung auf das Ziel eines nachhaltigen, gesunden Ernährungsverhaltens fokussieren.

Wachsende Bedeutung des Bio-Sektors in der Forschungslandschaft angemessen widerspiegeln - mit langfristigen Strukturen, die gemäß dem integrativen Ansatz der Bio-Produktion Forschende aus verschiedenen Disziplinen, Institutionen sowie Unternehmen aus der gesamten Wertschöpfungskette miteinander verbinden, etwa mit einem „Forschungs-Cluster für öko-systemare Agrar- und Ernährungsforschung“.

Verbot von Patenten auf Nutzpflanzen und -tiere.

Gentechnik ist muss auch wie Gentechnik geprüft und gekennzeichnet werden, das gilt auch für Verfahren wie Crispr-Cas9.

# Finanzen



Steuerpolitische Rahmenbedingungen haben für die Produktion und den Konsum von Lebensmitteln große Bedeutung. Das Mehrwertsteuersystem bestraft mit seinen zahllosen Einzelregelungen den Konsum pflanzlicher Alternativen zu tierischen Lebensmitteln (19 % Steuer auf Hafer-, Sojadrink & Co. gegenüber 7 % für Kuhmilch).

Gleichzeitig benachteiligt es Bio-Lebensmittel ganz grundsätzlich, deren ohnehin schon höherer Netto-Preisabstand zu konventionellen Produkten durch die Mehrwertsteuer noch verstärkt wirkt.

## Mit Steuern steuern: Nachhaltige Produktion und Konsum unterstützen

Die Schwerpunktsetzung der Besteuerung des „Faktors Arbeit“ benachteiligt gerade Bio-Landwirtschafts- und Verarbeitungsbetriebe, in denen im Durchschnitt deutlich mehr Arbeitsleistungen erbracht werden (müssen) – oder positiv ausgedrückt: Betriebe, die mehr Menschen Lohn und Brot bieten. Vor über 20 Jahren wurde mit der „Öko-Steuer“ erstmals versucht, Nachhaltigkeitsaspekte im Steuersystem zu berücksichtigen. Obwohl die Öko-Steuer funktioniert, wurde dieser Ansatz nie ausgeweitet. Die 2020 beschlossene Bepreisung von CO<sub>2</sub> könnte ein nächster, wenn auch sehr kleiner Schritt in diese Richtung einer Ressourcenbesteuerung sein. Trotz dieses kleinen Schrittes wäre Deutschland weit entfernt von einem zukunftsfähigen Steuer- und Finanzsystem, welches an den heutigen Anforderungen an Nachhaltigkeit ausgerichtet sein muss. Ganz im Gegenteil: Ein Steuersystem, das Nachhaltigkeit ausblendet und nicht-nachhaltige Praktiken – statt zu sanktionieren – sogar teilweise besserstellt, betreibt faktisch umweltschädliche Subventionierung. Denn es

toleriert bzw. belohnt nachgewiesene negative Effekte auf Volkswirtschaft und Gemeinwohl, verschafft nicht-nachhaltigen Unternehmen Wettbewerbsvorteile und bestraft diejenigen, die nachhaltig produzieren und konsumieren. Eine Bundesregierung, die ihre Verantwortung gegenüber der heutigen und zukünftigen Generation und ihrer Nachhaltigkeitsstrategie, dem Klimaabkommen von Paris, der UN-Biodiversitätskonvention und den UN-Nachhaltigkeitszielen ernst nimmt, muss auch ihr Steuersystem konsequent auf Nachhaltigkeit trimmen.

## Faire Märkte: Für wahre Preise sorgen

Preise müssen die soziale und ökologische Wahrheit sprechen, wenn sie ihre Steuerungsfunktion erfüllen sollen. Denn eine soziale Marktwirtschaft kann nur dann ihre Stärken hinsichtlich Innovationsdynamik, freier Entwicklungsmöglichkeiten und gleichzeitiger Sicherung einer Grundversorgung für alle Teile der Gesellschaft entfalten, wenn die Preise für Produkte und Dienstleistungen die realen Kosten abbilden – und sie nicht zulässt, dass wesentliche Kosten sanktionsfrei externalisiert werden dürfen.

Alle wissenschaftlichen Untersuchungen zum Thema kommen mit Blick auf die Lebensmittelproduktion in Deutschland zu einem klaren Ergebnis: Große Teile der vor allem mit der Erzeugung verbundenen Kosten für die Umwelt spiegeln sich nicht im Produktpreis an der Ladenkasse wider. Vielmehr begleichen Bürgerinnen und Bürger die Rechnung indirekt mit ihren Steuergeldern – oder über höhere Gebühren, die etwa für die Entfernung von Nitrat oder Pestiziden aus dem Trinkwasser anfallen.



## Wettbewerbsver- zerrungen entzerren, Marktversagen stoppen

Das aktuelle System stellt das Verursacherprinzip auf den Kopf – und macht umweltschädliche Produkte „billiger“ als etwa Bio-Lebensmittel, die eine ehrliche Kostenbilanz aufweisen und deren Preise die Wahrheit sprechen. Diese Wettbewerbsverzerrungen müssen endlich gestoppt werden. Umlagen auf den Einsatz synthetischer Pestizide und Düngemittel sind nur einige geeignete Instrumente, mit denen dem Marktversagen begegnet werden kann. Denn dieses entsteht, wenn öffentliche Güter wie Boden, Artenvielfalt, Klima oder Grundwasser beim Wirtschaften geschädigt werden, ohne dass die dabei entstehenden Kosten sich im Preis der so produzierten Waren wiederfinden.

Ein weiteres wichtiges Instrument für die Preisbildung ist die Bilanzierung von Nachhaltigkeitsrisiken der Unternehmen, im Sinne einer „True Cost“-Systematik. Die Bilanz ist wichtige Grundlage für den Zugang zu Fremdkapital von Banken und anderen Investoren und damit relevant für

**»Ein effizientes Steuersystem sollte besteuern, was vermieden werden soll und nicht, was gesellschaftlich erwünscht ist („tax bads, not goods“). Die Richtschnur sollte sein, dass diejenigen profitieren, die sich umweltfreundlich verhalten.«**

DNR<sup>1</sup> & FÖS<sup>2</sup> 2017

die interne Kosten- und Preiskalkulation. Werden Nachhaltigkeitsrisiken nicht bilanziert, wird die Bilanz faktisch geschönt – die Folgen geschönter Bilanzen wurden erst kürzlich im Wirecard-Skandal

1 DNR: Deutscher Naturschutzring

2 FÖS: Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft

wieder sehr deutlich. Der BÖLW setzt sich dafür ein, die gesetzlichen Bilanzierungsvorschriften so weiterzuentwickeln, dass Gemeinwohlleistungen

**»Der WBAE<sup>3</sup> empfiehlt, in zentralen Handlungsfeldern die Preisanreize für eine nachhaltigere Ernährung deutlich zu verstärken. Dies soll durch Entlastung einkommensschwacher Haushalte sozialverträglich gestaltet werden.«**

WBAE 2020

und Nachhaltigkeitsrisiken besser abgebildet werden. Nur mit wahren Preisen entstehen faire Märkte, in denen sich eine nachhaltige Produktion für Bauern und Unternehmerinnen lohnt.

### FINANZEN

#### FORDERUNGEN

##### AN DIE BUNDESREGIERUNG

Einführung von Umlagen auf den Einsatz synthetischer Pflanzenschutz- und Düngemittel zur Internalisierung externer Kosten.

Weiterentwicklung von Bilanzierungsvorschriften im Sinne eines „True-Cost“-Ansatzes.

Systematische Überprüfung des gesamten deutschen Steuersystems mit dem Ziel, innerhalb der nächsten Legislaturperiode mit geeigneten Instrumenten nachhaltiges Wirtschaften und Konsumverhalten steuerlich zu entlasten.



3 WBAE: Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz

# Arbeit und Soziales

Arbeits- und Sozialpolitik hat viel mit Bio zu tun. Beispielsweise steht die Art und Weise, wie gewirtschaftet wird und welche Produktion oder welche Art des Konsums durch politische Rahmenbedingungen vorzöglich sind, in Zusammenhang damit, wie gut Menschen im Sektor arbeiten und was Bürgerinnen und Bürger aller ökonomischen und sozialen Hintergründe essen können.

Besonders Maßnahmen zur Förderung und Sicherung von Arbeitsplätzen, gerade in strukturschwachen Regionen, sowie Regelungen rund um die berufliche Aus- und Weiterbildung und die Unterstützung für Menschen ohne oder mit geringem Einkommen bestimmen, ob und wer nachhaltig leben und arbeiten kann – und dabei auch die Belastungsgrenzen des Planeten respektiert.

## Nur ökologisch & sozial ist nachhaltig

Die Corona-Pandemie legt auf grundlegende Missstände im Arbeitsleben und in der Versorgung benachteiligter Bevölkerungsgruppen das Brennglas. Die derzeitige konventionelle Massenproduktion von Fleisch ist ein Skandal, sowohl in ökologischer und Tierwohl-Hinsicht als auch mit Blick auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

Aber auch außerhalb der Fleischwirtschaft stellt sich die Frage, wie sinnstiftende Arbeit und ein gutes, menschenwürdiges Leben angesichts immer dramatischerer Auswirkungen ökologischer Krisen künftig für alle Menschen ausreichend gewährleistet werden können.

Wenn ganze Industriezweige relativ plötzlich ein- oder drastisch umgestellt werden müssen, weil inakzeptable ökologische Folgen z. T. über Jahrzehnte zugelassen und kein Rahmen zum Umbau geschaffen wurde, tragen Beschäftigte und ihre Familien eine ungeheure und teilweise heute

schon nicht tragbare Last. Auch die enormen gesundheitlichen Probleme durch Fehl- und Überernährung – und insbesondere eines viel zu hohen Fleischkonsums – verringern die Lebensqualität, vor allem von Menschen aus einkommensschwachen Haushalten.

## Daseinsvorsorge: Gesundes Essen für alle ermöglichen

Forschungsergebnisse belegen, dass eine an den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung orientierte, fleischreduzierte Bio-Ernährung kaum mehr kostet als der übliche Lebensmitteleinkauf – auch der Gesamtanteil des Lebensmittelkaufs am Haushaltseinkommen ist in der Bundesrepublik im europäischen Vergleich eher gering und beträgt im Schnitt weniger als 15 %. Die Umstellung der gesamten öffentlichen Verpflegung in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen auf eine Frischkost mit 90 % Bio-Anteil gelang ohne Preisaufschlag für die Tischgäste in Kinderkrippe, Schule, Rathauskantine, Krankenhaus oder Pflegeheim und ohne zusätzliche Subventionierung des Essens. Trotz eines sozial tragbaren Umbaus schüren verschiedene Interessens- und politische Gruppen irrationale Ängste vor angeblich „teuren“ Bio-Lebensmitteln – dass heute schon nicht wenige Bürgerinnen und Bürgern schlecht ernährt sind, scheint dabei keine wirkliche Rolle zu spielen. Diese Gruppen sorgen mit einer unseriösen Verquickung von der Notwendigkeit von Transformation der Landwirtschaft und Ernährung mit Sozialpolitik immer wieder dafür, dass innovative Ansätze für eine nachhaltigere Agrar- oder Ernährungspolitik ausgebremst werden. Und das, obwohl diese allen Menschen und insbesondere ökonomisch schlechter gestellten Personenkreisen zugutekämen.



Politisch entscheidend ist: Eine nachhaltige Ernährung darf kein Privileg weniger Personengruppen sein. Deshalb muss eine moderne Sozialpolitik aktiv daran mitwirken, dass die Produktionsstandards für Lebensmittel so angehoben werden, dass nicht-nachhaltige Produkte nicht länger auf Kosten von Mensch und Umwelt „billiger“ angeboten werden können. Wo notwendig, müssen dafür dann gegebenenfalls auch die Regelbedarfsätze in der Grundsicherung (Hartz IV) angepasst werden, so wie es auch der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) in seinem Gutachten „Politik für eine nachhaltigere Ernährung“ einfordert.

## Bio: Nachhaltig Arbeiten, nachhaltige Arbeit

Anders als in Kohlekraftwerken oder Dieselmotorenfabriken müssen die Beschäftigten in Bio-Verarbeitungsunternehmen nicht befürchten, wegen umweltschädlicher Emissionen oder

**»Eine Politik für eine nachhaltigere Ernährung sollte die Lebenslagen von einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen verstärkt in den Blick nehmen und zielgruppenorientierte Unterstützungsangebote weiterentwickeln.«**

WBAE 2020

Produkte ihre Jobs zu verlieren – und meistens profitieren sie selbst und ihre Familien von der Qualität der produzierten Bio-Lebensmittel, ob in der Firmenkantine, durch Sachbezüge oder den Mitarbeiterinnen-Rabatt im Werksverkauf.

Damit die Vorteile von Bio-Essen oder Bio-Beschäftigung den Menschen in Deutschland zugänglich sind und ihren vollen Beitrag für das Gemeinwohl leisten können, braucht es zuallererst das Wissen der Notwendigkeit nachhaltiger Arbeits-, Wirtschafts- und Ernährungssysteme. Außerdem sind Impulse hilfreich, die möglichst vielen Menschen ihre individuellen Vorteile und evtl. sogar beruflichen Perspektiven durch Bio sichtbar machen. Nicht zuletzt ist der Staat in der Pflicht, auch im eigenen Verantwortungsbereich als Arbeitgeber oder als Bereitsteller oder Finanzier von sozialer Infrastruktur ein nachhaltiges Ernährungsangebot zu machen.



### FORDERUNGEN

#### AN DIE BUNDESREGIERUNG

Entwicklung und bundesweite Umsetzung einer Kampagne für bessere Ernährung für alle (z. B. „Jede/r hat ein Recht auf gutes Essen!“ im Rahmen einer zu schaffenden „Task Force Nachhaltige Ernährung“, s. Ernährung und Landwirtschaft), mit besonderem Fokus auf die Gemeinschaftsverpflegung in öffentlichen bzw. sozialen Einrichtungen.

Stärkung von Initiativen für Bio-Ausbildungsgänge, duale Bio-Studiengänge etc., z. B. über Zuschüsse zu Lohn- oder Lohnnebenkosten.

Offensive Bewerbung auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Bildungsgänge und Unterstützung entsprechender Kampagnen von Berufsverbänden, um besonders für diesen Bereich qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen.

# Gemeinsam schaffen wir Zukunft!

Der BÖLW ist der Spitzenverband deutscher Erzeuger, Hersteller und Händler von Bio-Lebensmitteln und vertritt als Dachverband die Interessen der Ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft in Deutschland. Mit Bio-Lebensmitteln und -Getränken werden jährlich von 50.000 Bio-Betrieben über 12 Mrd. Euro umgesetzt.

Die BÖLW-Mitglieder sind: Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller, Biokreis, Bioland, Biopark, Bundesverband Naturkost Naturwaren, Demeter, Deutscher Tee & Kräutertee Verband, Ecoland, ECOVIN, GÄA, Interessensgemeinschaft der Biomärkte, Naturland, Arbeitsgemeinschaft der Ökologisch engagierten Lebensmittelhändler und Drogisten, Reformhaus®eG und Verbund Ökohöfe.



© BÖLW

Dr. Felix Prinz zu Löwenstein | Vorsitzender

»Mit Bio können wir Ernährung und Landwirtschaft so umbauen, dass wir die Herausforderungen unserer Zeit wie Klimakrise, Welternährung und die Endlichkeit natürlicher Ressourcen meistern können. Bio funktioniert - weltweit.«



© BÖLW

Dr. Alexander Gerber | Vorstand Landwirtschaft

»Bio-Bauern zeigen heute schon erfolgreich, wie die Landwirtschaft der Zukunft funktioniert: mit innovativen Betriebssystemen, artgerechter Tierhaltung und vielfältigen Fruchtfolgen sorgen Öko-Landwirtinnen und -Landwirte für Umwelt-, Arten- und Klimaschutz.«



© BÖLW

Volker Krause | Vorstand Herstellung

»Bio-Hersteller engagieren sich für höchste Lebensmittelqualitäten. Wir Öko-Müllerinnen, -Bäcker, -Fleischerinnen oder -Meier stehen zu unserer Verantwortung gegenüber den Kunden, den Bäuerinnen und den Menschen in der Region.«



© Slawomir Gregor Frost

Marcus Wewer | Vorstand Handel

»Essen ist politisch! Fairen Wettbewerb und mehr Nachhaltigkeit im Lebensmittelhandel gibt es nur mit wahren Preisen und politischen Rahmenbedingungen, die Bio vom Acker bis an die Ladenkasse fördern.«

# Impressum

## Herausgeber

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V. (BÖLW)  
V.i.S.d.P. Peter Röhrig  
Marienstraße 19-20  
10117 Berlin  
Telefon: ++49 30 28482-300  
Fax: ++49 30 28482-309  
presse@boelw.de  
www.boelw.de

Berlin im Januar 2021

## Bildnachweise

S. 31: BÖLW (Dr. Felix Prinz zu Löwenstein, Dr. Alexander Gerber, Volker Krause), S. 31: Slawomir Gregor Frost (Marcus Wewer)

## Visuelles Konzept, Illustration und Layout

Pötting Information Design;  
Illustrationen in Zusammenarbeit mit Magdalena Michalka

## Druck

Spree Druck Berlin GmbH

## Papier

Nautilus SuperWhite



# BÖLW

boelw.de

